



## Die Finanzierung der EU-Militarisierung

Lühr Henken

Für alle Welt sichtbar stellten die Staats- und Regierungschefs in Helsinki im Dezember 1999 die Weichen der Europäischen Union (EU) auf Militarisierung. Ihr Anspruch, künftig weltweit als militärischer Akteur aufzutreten, soll durch eine Schnelle Eingreiftruppe, bestehend aus 60.000 Heeres- und 20.000 Luftwaffen- und Marinesoldaten, materialisiert werden. Zwar konnte das Ziel, dies bis 2003 umzusetzen, nicht erreicht werden, aber die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, entsprechende Rüstungsanstrengungen zu unternehmen, damit am Ende des Jahrzehnts die Truppe im Umkreis von 5.000 km um Brüssel einsetzbar ist.

In Helsinki gab sich die EU drei ständig tagende militärische Gremien,

- das Politische und Sicherheitskomitee,
- den Militärausschuss und
- den Militärstab.

Alle drei Gremien wurden innerhalb des Rates geschaffen und werden – als einzige der EU-Militäreinrichtungen – direkt aus dem EU-Haushalt finanziert. Sie arbeiten seit März 2000.

Ende 2000 hat die EU die so genannten Petersberg-Aufgaben vom Militärpakt Westeuropäische Union (WEU) übernommen. Sie beinhalten

- »Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze;

- friedenserhaltende Maßnahmen;
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens«.<sup>1</sup>

Gleichzeitig übernahm die EU von der WEU das Satellitenauswertungszentrum im spanischen Torrejón und das *Internationale Institut für Sicherheitsstudien* in Paris. Die EU setzte ihren Anspruch, militärisch handeln zu wollen, bisher in vier militärischen Operationen um: mit der

- rund 350 Armeeangehörige umfassenden Operation *Concordia* in Mazedonien;
- rund 1.400 Soldaten umfassenden Operation *Artemis* in der DR Kongo;
- bis zu 7.000 Soldaten umfassenden Operation *Althea* in Bosnien-Herzegowina;
- zivil-militärischen Operation *Amis EU* in Darfur (Sudan).

Dabei war und ist sie auf dem Balkan auf die Unterstützung der NATO angewiesen. Ihre militärische Intervention im Kongo konnte sie erstmals autonom durchführen. Die Darfur-Aktion findet in enger Koordination mit der UN und der NATO statt, jedoch ohne Rückgriff auf NATO-Ressourcen.

Innerhalb der Schnellen Eingreiftruppe reift schrittweise das *Battlegroup*-Konzept. Jede *Battlegroup* besteht aus 1500 Soldaten und wird von einem Staat allein oder multinational zusammengesetzt. „Bisher haben Mitgliedstaaten Kontingente für insgesamt 12 *Battlegroups* angezeigt,“<sup>2</sup> von denen zwei bereits 2006 einsatzfähig werden sollen. Ab 2012 sollen etwa 18.000 Soldaten zur Verfügung stehen. Binnen fünfzehn Tagen sollen sie vor allem nach Afrika (aber nicht nur dorthin) geflogen werden können. Die EU wird so flexibel in die Lage versetzt, „zeitgleich mehrere kleinere und mittlere Operationen durchzuführen,“<sup>3</sup> oder aber alle *Battlegroups* gleichzeitig als Speerspitze ihrer Schnellen Eingreiftruppe einzusetzen.

Die *Europäische Verteidigungsagentur* hat unabhängig vom gescheiterten EU-Verfassungsvertrag Anfang 2005 ihre Arbeit aufgenommen. Ebenfalls unabhängig von der EU-Verfassung haben die Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2003 eine aus dem Haus Javier Solanas, dem Hohen Repräsentanten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), stammende Europäische Sicherheitsstrategie<sup>4</sup> beschlossen. Erstmals in einem offiziellen EU-Dokument wird hier die Gesamtsumme der Militärausgaben der Mitgliedstaaten beziffert und die EU damit als militärische Einheit begriffen. Solana argumentierte: »Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können.«

## 1. Militärausgaben der EU-25 im Jahr 2004

Das ist Anlass genug, sich mit den aktuellen Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten zu befassen. (Siehe Tabelle 1)

Die 25 Mitgliedstaaten gaben im Jahr 2004 zusammen 211,14 Mrd. US-Dollar für das Militär aus. Das entsprach 187,08 Mrd. Euro (1 Euro = 1,1286 USD/SIPRI-Wechselkurs 2003). Die Summe liegt demnach sogar erheblich über dem in der Europäischen Sicherheitsstrategie genannten Wert von 160 Mrd. Euro.

Innerhalb der EU-Mitgliedschaft sind die Ausgaben sehr unterschiedlich verteilt: Das obere Fünftel der EU-25, die fünf Mitgliedstaaten Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien, steht für fast vier Fünftel aller EU-Militärausgaben (genau für 78,05 Prozent). Die restlichen vier Fünftel der Mitgliedstaaten geben zusammen gut ein Fünftel der Gesamtsumme aus. Die obersten drei Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland (EU-3) vereinigten im Jahr 2004 genau 60,37 Prozent auf sich.

**Tabelle 1**

Militärausgaben 2004 der 25 EU-Mitgliedstaaten  
(in US-Dollar, Basisjahr 2003)

Land	Ausgaben in Mio. US-Dollar)	Nationaler Anteil an den Ausgaben (in%)
Belgien	4398	2,08
Dänemark	3228	1,53
Deutschland	33888	16,05
Estland	181	0,08
Finnland	2077	0,98
Frankreich	46174	21,87
Griechenland <sup>5</sup>	7120	3,37
Großbritannien	47401	22,45
Irland	1010	0,48
Italien	27759	13,15
Lettland	204	0,10
Litauen	336	0,16
Luxemburg	244	0,11
Malta	36	0,02
Niederlande	8407	3,98
Österreich	1925	0,91
Polen	4149	1,97
Portugal	3115	1,48
Schweden	5439	2,58
Slowakei	585	0,28
Slowenien	465	0,22
Spanien	9565	4,53
Tschechien	1741	0,82
Ungarn	1485	0,70
Zypern	203	0,10
<b>Summe</b>	<b>211135</b>	<b>100,00</b>

Quelle: The SIPRI Military Expenditure Database<sup>6</sup>

## 2. Entwicklung der Militärausgaben der EU-Mitglieder

Eine Untersuchung der Entwicklung der Militärausgaben über mehrere Jahre ist dann aussagekräftig, wenn die Werte inflationsbereinigt auf ein Basisjahr bezogen sind. SIPRI legt eine solche Untersuchung für die Einzelstaaten auf Basis des Dollarwerts des Jahres 2003 vor. **Abbildung 1** summiert jeweils die Militärausgaben der einzelnen EU-Staaten. Zu beachten ist, dass die Anzahl der Mitgliedstaaten in dem abgebildeten Zeitraum gewachsen ist: Bis 1994 waren es zwölf, von 1995 bis 2003 waren es 15 und ab 2004 sind es 25 Mitgliedstaaten.

Im Ergebnis zeigt sich eine recht schwankungsarme Kurve. Das Ende der Blockkonfrontation führte bei den EU-Staaten von 1990 bis 1994 lediglich zu Minderausgaben von 11,7%. Eine weitere Absenkung der Militärausgaben wurde durch die Neuaufnahme

der drei neutralen Länder Finnland, Österreich und Schweden 1995 mehr als ausgeglichen. Von 1996 bis 2001 sind nahezu konstante Ausgaben zu verzeichnen – mit einer sehr leichten Anstiegstendenz. Danach jedoch sind sie kontinuierlich gewachsen: Von 2001 bis 2004 insgesamt um 7,6%, wobei die zehn neuen Mitglieder im Jahr 2004 allein 4,8 Prozentpunkte zur Steigerung beitrugen.

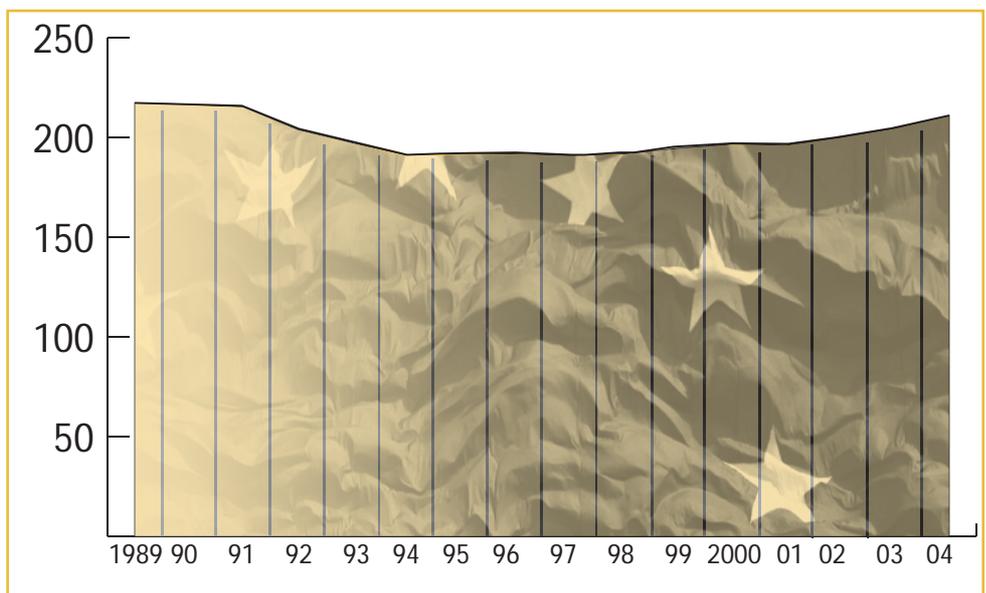
Ein Vergleich der Militärausgaben der EU-Staaten mit denen der USA (**Abbildung 2**) im selben Zeitraum und auf der Basis desselben Jahres 2003 macht deutlich, dass ...

- es nach dem Kalten Krieg in den USA zunächst bis einschließlich 1998 zu einer erheblichen Reduzierung der Militärausgaben kam: um 31,4 Prozent (von 451 auf 309,4 Mrd. US-Dollar), während sich zur selben Zeit die Summe der EU-Militärausgaben lediglich um 11,8 Prozent reduzierte. Die USA hatten bedeutend mehr abgerüstet als die EU-Staaten.

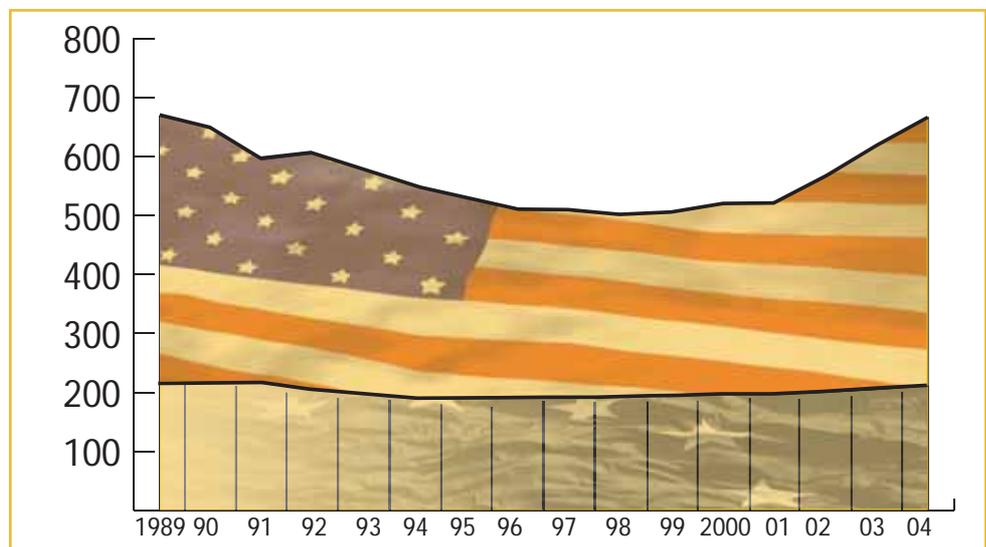
- es in den USA nach 1999 zu einer dramatischen Aufrüstung gekommen ist, die 2004 das Niveau zu Ende des Kalten Krieges erreicht hatte, während die Staaten der EU trotz der Neuaufnahme von 13 Mitgliedern seit 1995 die Rüstungshaushalte in der Summe nahezu auf gleicher Höhe gehalten haben.

- die US-Rüstungsausgaben zwischen dem 1,59-fachen (1999) und dem 2,16-fachen (2004) des EU-Werts betragen - in nahezu völliger Abhängigkeit von der Auf- und Abrüstungsdynamik der USA.

Nicht in den Militärhaushalten der EU-Staaten enthalten sind allerdings militärbezogene Beiträge, die direkt aus dem regulären EU-Haushalt bezahlt werden, aber gemessen daran marginal sind.



**Abbildung 1** Militärausgaben der EU-Staaten 1989 bis 2004 (in Mrd. US-Dollar, Basisjahr 2003)



**Abbildung 2** Militärausgaben von USA und EU von 1989 bis 2004 (in Mrd. US-Dollar, Basisjahr 2003)

**Tabelle 2**

Ausgaben für militärische Gremien im EU-Haushalt (in Mio. Euro)<sup>7</sup>

	Mittel 2005	Mittel 2004	Ausgaben 2003	Ausgaben 2002
<i>Bezüge des MS</i>	9,327	6,727	6,237	5,081
Verwaltungsausgaben des MS	0,974	0,833	0,690	0,439
Infrastrukturmaßnahmen für ESVP	39,065	21,728	9,163	7,277
Sitzungskosten PSK + MA	0,700	0,638	0,320	0,700
<b>Summe</b>	<b>50,066</b>	<b>29,926</b>	<b>16,410</b>	<b>13,497</b>

### 3. Finanzierung der militärischen Gremien

Direkt aus dem EU-Haushalt werden die an den Europäischen Rat angebotenen militärischen Gremien Politisches und Sicherheitskomitee (PSK), Militärstab (MS) und Militärausschuss (MA) finanziert, weil sich alle EU-Mitglieder an den Kosten beteiligen. Das erfolgte erstmals im Jahr 2002 und die Ausgaben

weisen seitdem eine erhebliche Steigerung auf etwa das 3,7-Fache (!) auf. (Siehe Tabelle 2)

Diese jährlichen Beträge müssen zur jeweiligen Gesamtsumme der Militärausgaben der EU-Staaten addiert werden. Die Ausgaben steigen dadurch für 2004 minimal von 187,08 auf 187,11 Mrd. Euro.

Die Kosten teilen sich auf die Nationalstaaten auf, wie sie prozentual im Gesamthaushaltsplan festgelegt sind. Dabei wird der „Britten-Rabatt“ berücksichtigt. Unter der Voraussetzung, dass die Mittel auch so ausgegeben werden, wie sie eingeplant sind, ergibt sich für 2005 folgende nationale Verteilung der im EU-Haushalt veranschlagten Kosten für die militärischen EU-Gremien (Tabelle 3).

**Tabelle 3**

**Nationale Anteile an militärischen EU-Gremien**

Land	Nationale Anteile am EU-Haushalt 2005 <sup>a</sup> (in Prozent)	Nationale Anteile (in Mio. Euro)
Belgien	3,83	1,92
Dänemark	2,02	1,01
Deutschland	21,11	10,57
Estland	0,10	0,05
Finnland	1,47	0,74
Frankreich	16,44	8,23
Griechenland	1,79	0,90
Großbritannien	13,05	6,53
Irland	1,27	0,64
Italien	13,64	6,83
Lettland	0,11	0,06
Litauen	0,21	0,11
Luxemburg	0,23	0,12
Malta	0,05	0,03
Niederlande	5,28	2,64
Österreich	2,19	1,10
Polen	1,99	1,00
Portugal	1,37	0,69
Schweden	2,69	1,35
Slowakei	0,37	0,19
Slowenien	0,29	0,15
Spanien	8,51	4,26
Tschechien	0,89	0,45
Ungarn	0,95	0,48
Zypern	0,14	0,07
<b>Summe</b>	<b>100</b>	<b>50,066</b>

#### 4. Finanzierung der Militäroperationen

Die militärischen EU-Operationen (in Mazedonien, Kongo, Bosnien-Herzegowina und Sudan) werden nicht aus dem EU-Haushalt, sondern direkt aus den nationalen Haushalten finanziert. Für die dabei anfal-

lenden »gemeinsamen Kosten« hat der Rat im Februar 2004 eigens einen Mechanismus beschlossen, der die Bezeichnung ATHENA erhielt. Er ist so angelegt, dass er »die Finanzierung der gemeinsamen Kosten von Militäroperationen jeglicher Größe, Komplexität oder Dringlichkeit flexibel [...] verwalten« kann und »für die Finanzierung der gemeinsamen Kosten aller künftigen militärischen Operationen der Union zuständig ist.«<sup>9</sup>ATHENA wird demnach auch die »gemeinsamen Kosten« der Einsätze der Battlegroups und der Schnellen Eingreiftruppe der EU abwickeln. Der für ATHENA festgelegte Finanzierungsschlüssel leitet die nationalen Beiträge vom jeweiligen nationalen Anteil am Gesamtbruttonationaleinkommen (Gesamt-BNE) aller EU-Mitglieder<sup>10</sup> ab. Jedoch lassen sich die dort zugrunde gelegten Prozentsätze nicht direkt anwenden. Denn Dänemark hat – als einziges EU-Mitgliedsland – sein generelles »Opting-out« aus militärischen EU-Einsätzen erklärt. Folglich »beteiligt sich Dänemark nicht an der Ausarbeitung von Beschlüssen und Maßnahmen der Europäischen Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, und beteiligt sich auch nicht an der Finanzierung des Mechanismus«.<sup>11</sup> Außerdem werden prinzipiell bei jeder Militäraktion nur diejenigen Mitgliedstaaten zur Kasse gebeten, die sich zur Finanzierung der Militäraktion bereit finden (»beitragende Mitgliedstaaten«). Das sind in der Regel die an der Militäraktion teilnehmenden EU-Staaten, aber auch Nicht-EU-Mitglieder »Drittstaaten«, die sich als Teilnehmer an den »gemeinsamen Kosten« entsprechend einem Abkommen mit der EU beteiligen.<sup>12</sup> Das bedeutet prinzipiell,

- für den Fall, dass Staaten an militärischen EU-Operationen teilnehmen, die nicht der EU angehören, reduziert sich die Beitragssumme für die einzelnen EU-Staaten und
- für den Fall, dass EU-Staaten, die nicht an der Operation teilnehmen und folglich auch keinen finanziellen Beitrag leisten wollen, erhöht sich der Beitrag für jeden teilnehmenden EU-Staat.

Für ATHENA ergibt sich somit grundsätzlich die in Tabelle 4 aufgeführte Beitragsaufteilung für »EU-Operationen mit militärischem oder verteidigungspolitischem Bezug«. Die Beiträge schwanken jährlich, weil sie von der Größe der BNE der Mitgliedstaaten abhängen. Der ATHENA-Beschluss definiert die »gemeinsamen operativen Kosten« in Bezug auf die aktive Phase von Operationen, die stets von ATHENA übernommen werden. Darunter fallen

- sämtliche Mehrkosten, die im Zusammenhang mit (verlegbaren oder festen) Hauptquartieren für EU-geführte Operationen oder Übungen entstehen,
- Kosten, die entstehen, wenn die Einsatzkräfte am

**Tabelle 4****Finanzierungsschlüssel ATHENA der EU-24 in den Jahren 2004<sup>13</sup>, 2005<sup>14</sup> und 2006<sup>15</sup>**

EU-Mitglied	2004 Anteil in %	2005 Anteil in %	2006 Anteil in % (vorläufig)
Belgien	2,91	2,83	2,88
Deutschland	22,47	21,46	20,97
Estland	0,05	0,08	0,09
Finnland	1,52	1,48	1,48
Frankreich	16,67	16,13	16,19
Griechenland	1,67	1,69	1,74
Großbritannien	17,28	18,08	17,58
Irland	1,22	1,21	1,30
Italien	13,77	13,36	13,29
Lettland	0,07	0,10	0,12
Litauen	0,11	0,18	0,19
Luxemburg	0,22	0,23	0,24
Malta	0,03	0,04	0,04
Niederlande	4,85	4,53	4,47
Österreich	2,32	2,29	2,28
Polen	1,30	1,86	2,21
Portugal	1,40	1,33	1,31
Schweden	2,79	2,76	2,83
Slowakei	0,22	0,33	0,36
Slowenien	0,18	0,26	0,27
Spanien	7,86	8,05	8,28
Ungarn	0,50	0,80	0,83
Tschechien	0,51	0,80	0,92
Zypern	0,08	0,12	0,13
	100,00	100,00	100,00

Einsatzort sind (Infrastruktur, zusätzliche Ausrüstung), sowie

- Kosten, die aus der Kooperation mit der NATO entstehen (Berlin-Plus).

Unter der Bedingung, dass der Europäische Rat dies beschließt, werden von ATHENA zusätzlich auch Transportkosten und Kosten für Kasernen und Unterkünfte übernommen. Außerdem übernimmt ATHENA Kosten, die mit der Vorbereitung und der endgültigen Abwicklung einer Operation entstehen<sup>16</sup>.

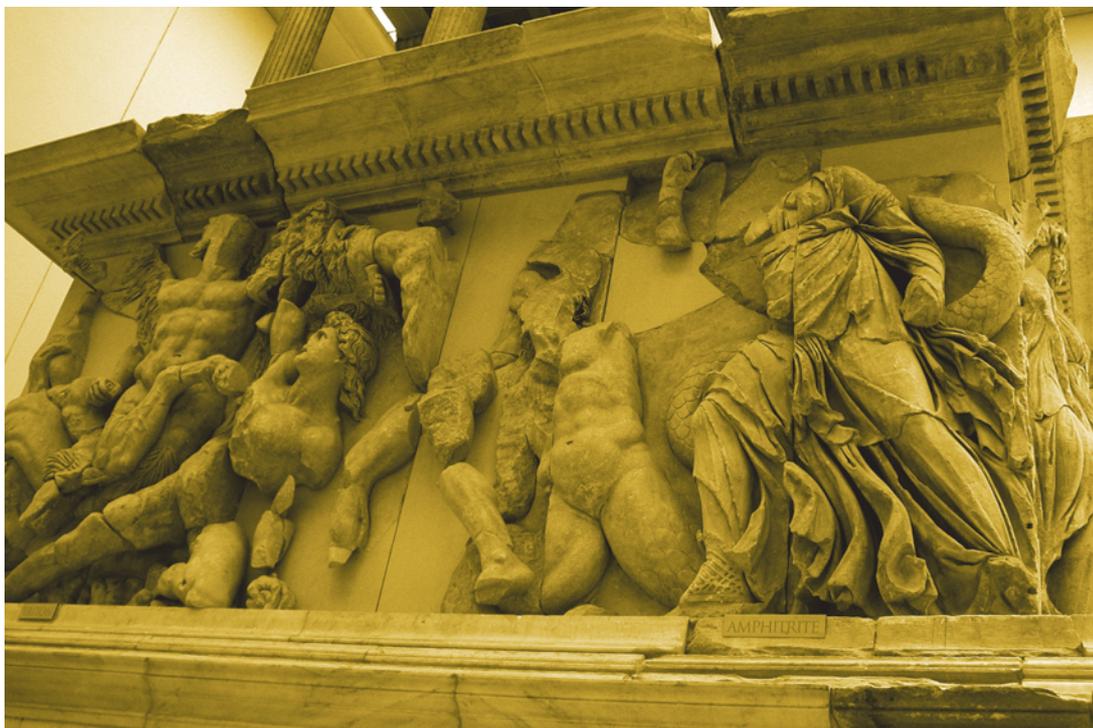
### **EUFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina**

Am 2. Dezember 2004 startete die EU die bisher größte militärische Operation ihrer Geschichte. Von der NATO übernahm sie in Bosnien-Herzegowina die Operation SFOR. Sie wird als EUFOR ALTHEA unter Führung der EU und unter Rückgriff auf NATO-Ressourcen (Berlin-Plus) fortgeführt. Bis zu 7.000 Armeeangehörige aus insgesamt 33 Ländern, davon

22 EU-Mitgliedstaaten, führen einen auf das Kapitel VII der UN-Charta gestützten Kampfeinsatz durch, der »für Abschreckung sorgen«<sup>17</sup> und zur »Stabilisierung« des Landes führen soll. Der Europäische Rat legte am 12. Juli 2004 in seinem Beschluss fest, dass die »gemeinsamen Kosten« für Althea im Laufe des Jahres 2005 schätzungsweise 71,7 Mio. Euro betragen werden.<sup>18</sup> Von den »gemeinsamen Kosten« nimmt der Beschluss ausdrücklich jene für den Transport und die Unterbringung der Soldaten aus, sodass hauptsächlich »gemeinsame Kosten« für die militärischen Hauptquartiere entstehen, die von ATHENA abgedeckt werden. Der Ratsbeschluss legt fest, dass die »operativen Ausgaben [...] zulasten der Mitgliedstaaten gehen.«<sup>19</sup> Mitgliedstaaten bedeutet in diesem Fall: alle EU-Mitglieder außer Dänemark, und dies, obwohl auch Malta und Zypern nicht mit Truppen beteiligt sind, wie der Aufstellung der Truppenstärke<sup>20</sup> von Althea zu entnehmen ist. Und es bedeutet, dass die EU auch die »gemeinsamen Kosten« übernimmt, die durch die Teilnahme der elf Nicht-EU-Mitgliedstaaten entstehen. Eine veröffentlichte Finanzierung gibt es nicht. Jedoch dürften sich entsprechend dem Kostenschlüssel von ATHENA die in Tabelle 5 aufgeführten Beiträge für die »gemeinsamen Kosten« ergeben.

Mit dem Gesamtbetrag von 71,7 Mio. Euro sind längst nicht alle Kosten abgedeckt, die den teilnehmenden 22 EU-Staaten im Jahr 2005 bezüglich Althea entstehen. Beleg dafür ist der Beschluss des Deutschen Bundestages, für die Beteiligung der Bundeswehr an Althea »für einen Zeitraum von zwölf Monaten rund 94,5 Mio. Euro«<sup>21</sup> in die Bundeshaushalte 2004 (ein Monat) und 2005 (elf Monate) einzustellen. Darin ist der deutsche ATHENA-Anteil in Höhe von 16,1 Mio. Euro (siehe Tabelle 5) enthalten. Warum im Entwurf 2006 des Einzelplans 14 (Verteidigungshaushalt) für 2005 als deutscher »Beitrag zu den gemeinsamen Kosten EU-geführter Militäreinsätze«<sup>22</sup> insgesamt nur 12 Mio. Euro (Differenz 4,1 Mio. Euro) eingesetzt sind, bleibt erklärungsbedürftig.

Das Europäische Parlament (EP) hat in einer Entschließung vom 17. November 2004<sup>23</sup> „bedauert“, dass die Operation Althea „durch Beiträge außerhalb des normalen Haushaltsplans der Europäischen Union“ finanziert wird. Das kann mit anderen Worten nur bedeuten, dass das EP für einen regulären EU-Militärhaushalt eintritt. Das setzt allerdings voraus, dass Dänemark sein „Opting-out“ aufgeben müsste, denn andernfalls würde es militärische EU-Operationen unfreiwillig mitfinanzieren.



## Amis EU Unterstützungsaktion in Darfur

Der Europäische Rat hat am 18. Juli 2005 beschlossen, sich aktiv an der zivil-militärischen Unterstützungsaktion der Afrikanischen Union (AU) zur Überprüfung des Waffenstillstands im sudanesischen Darfur zu beteiligen. Die militärische Komponente dieses Einsatzes sieht vor allem den strategischen und taktischen Transport, die Ausbildung afrikanischer Truppen und Beobachter im Rahmen von Amis II und, falls von der AU gewünscht, die Luftüberwachung vor. Gemeinschaftliche Kosten entstehen für das Kommunikations- und Informationssystem, den Transport, die medizinische Not-Evakuierung (MEDEVAC) und die Unterbringung der EU-Offiziere. Der Ratsbeschluss stellt für sechs Monate insgesamt 1,97 Mio. Euro<sup>24</sup> zur Verfügung. Die Abwicklung dieser »gemeinsamen Kosten« soll über den Finanzierungsmechanismus ATHENA erfolgen.<sup>25</sup> Dies ist jedoch nur ein winziger Teil der Kosten für Darfur, die die EU oder ihre Mitgliedstaaten übernommen haben.

Im April 2004 hat die EU-Kommission eine »Peace Facility for Africa« (PF) eingerichtet und mit 250 Mio. Euro ausgestattet. Dieses Geld kann drei Jahre lang, bis Ende 2006, abgerufen werden. Die Mittel stammen aus dem 9. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), aus dem eigentlich EU-Entwicklungsprogramme finanziert werden. Mindestens 200 Mio. Euro stehen daraus der Afrikanischen Union zur Finanzierung von konkreten »Peace-Keeping«-Operationen zu. Dabei decken sie »Ausgaben in den Bereichen medizinische Versorgung, Kommunikation, Transport und Logistik ab. Da die Mittel aus dem europäischen Entwicklungsfonds stammen, dürfen sie nur für so genannte zivile Zwecke verwendet werden, das heißt, die Finanzierung von Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung sowie Ausbildung und Sold ist damit grundsätzlich ausgeschlossen.«<sup>26</sup> Im Juni 2004 stellte die EU für die AU-Mission im Sudan AMIS 12 Mio. Euro aus der »Peace Facility« zur Verfügung, im Oktober 2004 bewilligte sie zudem 80 Mio. Euro. Im Mai 2005 stellte sie weitere 57 Mio. Euro

**Tabelle 5**

Die nationalen »gemeinsamen Kosten« für *Althea* 2005

Teilnehmer	2004 Anteil in %	Beiträge in Mio. Euro
Belgien	2,91	2,09
Deutschland	22,47	16,10
Estland	0,05	0,04
Finnland	1,52	1,09
Frankreich	16,67	11,95
Griechenland	1,67	1,20
Großbritannien	17,28	12,39
Irland	1,22	0,87
Italien	13,77	9,87
Lettland	0,07	0,05
Litauen	0,11	0,08
Luxemburg	0,22	0,16
Malta	0,03	0,02
Niederlande	4,85	3,48
Österreich	2,32	1,66
Polen	1,30	0,93
Portugal	1,40	1,00
Schweden	2,79	2,00
Slowakei	0,22	0,16
Slowenien	0,18	0,13
Spanien	7,86	5,64
Ungarn	0,50	0,36
Tschechien	0,51	0,37
Zypern	0,08	0,06
	100,00	71,70

für »Gehälter, Nahrungsmittelrationen für Soldaten, Treibstoff und Versicherungsbeiträge«<sup>27</sup> in Aussicht. Finanziert wird damit die AU-Überwachungsaktion des Waffenstillstands in Darfur, deren Truppenstärke von anfänglich 300 (Ende August 2004) auf zwischenzeitlich 7700 (davon etwa 1600 Polizisten) und später noch weiter wachsen soll. Das Militär wird von Nigeria, Ruanda, Senegal und Süd-Afrika gestellt. Ab 2007 soll die Finanzierung nicht mehr aus dem EEF erfolgen. Die Kommission hat dem Europäischen Rat vorgeschlagen, stattdessen einen »Stabilitätsinstrument«<sup>28</sup> getauften Titel in die Finanzplanung 2007-2013 einzusetzen. Es wird darauf zu achten sein, dass dieser nicht zum Grundstein für einen EU-Militärhaushalt gerät.

Zukünftig ist davon auszugehen, dass die EU-AU-Kooperationen weiter verstärkt werden und dass die EU über die Finanzierung mehr Einfluss auf das Ob eines Militäreinsatzes und nicht nur auf das Wie nehmen wird. Angesichts des Aufbaus der EU-Battle-groups (vornehmlich für den Einsatz in Afrika!) und der ebenfalls im Aufbau befindlichen African Standby-Forces scheint es bis zum »friedens erzwingenden« Einsatz nicht mehr fern.

## 5. Autonome EU-Agenturen

Die EU führt drei autonome Agenturen, die am Rat angebunden sind:

### 1. Satellitenzentrum in Torrejon

Der Beschluss des Europäischen Rates über die Finanzierung des Satellitenzentrums Torrejon vom 12.12.2001 legt fest, dass die Mitgliedstaaten – mit Ausnahme Dänemarks – ihre Beiträge entsprechend ihrem nationalen Anteil am Gesamtbruttosozialprodukt (BSP/später BNE) aller EU-Mitglieder zu entrichten haben.<sup>29</sup> Somit wird das Satellitenzentrum grundsätzlich nach dem ATHENA-Schlüssel finanziert und erfolgt direkt aus den nationalen Haushalten. Im Jahr 2002 betrug das Budget 9,3 Mio. Euro.<sup>30</sup> Allerdings ist hier »ein freiwilliger Beitrag Dänemarks«<sup>31</sup> eingeschlossen. Welche Mittel Torrejon danach zugeflossen sind, und ob Dänemark seine freiwilligen Beitragszahlungen fortgesetzt hat, lässt sich für den Bürger nicht ermitteln.

### 2. Internationales Institut für Sicherheitsstudien in Paris

Gleichzeitig mit dem Satellitenzentrum nahm am 1.1.2002 das IIS seine Arbeit auf. Ihm standen 2002 3,2 Mio. Euro zur Verfügung, 2004 waren es 3,4 Mio. Euro.<sup>32</sup>

## 3. Die Europäische Verteidigungsagentur

Mit Beschluss des Europäischen Rates vom 12. Juli 2004<sup>33</sup> wurde eine Europäische Verteidigungsagentur (EVA) eingerichtet, die im Jahr 2005 erstmals über ein reguläres Arbeitsprogramm und ein Budget verfügt. Kurz zusammengefasst soll »die Agentur [...] nicht

**Tabelle 6**

### Die Finanzierung der Verteidigungsagentur 2005

EU-Mitglied	2004 Anteil in %	Betrag 2005 (in Mio. EUR)
Belgien	2,91	0,582
<b>Deutschland</b>	<b>22,47</b>	<b>4,494</b>
Estland	0,05	0,010
<b>Finland</b>	<b>1,52</b>	<b>0,304</b>
Frankreich	16,67	3,334
<b>Griechenland</b>	<b>1,67</b>	<b>0,334</b>
Großbritannien	17,28	3,456
<b>Irland</b>	<b>1,22</b>	<b>0,244</b>
Italien	13,77	2,754
<b>Lettland</b>	<b>0,07</b>	<b>0,014</b>
Litauen	0,11	0,022
<b>Luxemburg</b>	<b>0,22</b>	<b>0,044</b>
Malta	0,03	0,006
<b>Niederlande</b>	<b>4,85</b>	<b>0,970</b>
Österreich	2,32	0,464
<b>Polen</b>	<b>1,30</b>	<b>0,260</b>
Portugal	1,40	0,280
<b>Schweden</b>	<b>2,79</b>	<b>0,558</b>
Slowakei	0,22	0,044
<b>Slowenien</b>	<b>0,18</b>	<b>0,036</b>
Spanien	7,86	1,572
<b>Ungarn</b>	<b>0,50</b>	<b>0,100</b>
Tschechien	0,51	0,102
<b>Zypern</b>	<b>0,08</b>	<b>0,016</b>
	100,00	20,000

**Tabelle 7**

### Kosten für militärische EU-Gremien und »gemeinsame Kosten« für militärische EU-Operationen (Übersicht)

	Jahr	Betrag in Mio. Euro
Militärische Gremien (aus dem EU-Haushalt)	2005	50,066
<b>Bosnien-Herzegowina</b>	<b>2005</b>	<b>71,700</b>
Darfur	2005	1,970
<b>Torrejon</b>	<b>2002</b>	<b>9,300</b>
ISS	2004	3,440
<b>EVA</b>	<b>2005</b>	<b>20,000</b>

weniger als eine gemeinsame europäische Verteidigungsfähigkeit entwickeln, die Kooperation bei der Beschaffung von Waffen fördern, die Schaffung eines gemeinsamen wettbewerbsfähigen Rüstungsmarktes unterstützen und für die militärische Forschung neue Impulse geben.«<sup>34</sup> Vorsitzender der Agentur ist Javier Solana, der zugleich auch Vorsitzender des Lenkungsausschusses ist, des zentralen Entscheidungsgremiums, dem die Verteidigungsminister der 24 teilnehmenden Mitgliedstaaten angehören. Dänemark nimmt als einziges EU-Mitgliedsland nicht an der Agentur teil. Der Haushalt betrug 2004 »knapp 1,8 Mio. Euro«,<sup>35</sup> 2005 hat er eine Höhe von etwa 20 Mio. Euro, was etwa drei Mio. Euro für den Erwerb externer Forschungsergebnisse mit einschließt. Der Finanzierungsschlüssel für Beiträge zur EVA ist mit dem zur Finanzierung von Militäraktionen der EU identisch.<sup>36</sup>

Im Entwurf 2006 des Einzelplans 14 sind als „Beitrag zu den Verwaltungskosten der Europäischen Verteidigungsagentur EVA“<sup>37</sup> für 2005 5,56 Mio. Euro eingestellt. Dieser überproportionale Anteil von 27,8 Prozent am Budget von 20 Mio. Euro ist erklärungsbedürftig. Der Betrag von 401 000 Euro als Anteil am knapp 1,8 Mio. Euro hohen Budget für 2004 (etwa 23 Prozent) entspricht dagegen dem Finanzierungsschlüssel. Für 2006 sind von deutscher Seite 5,8 Mio. Euro veranschlagt.

Zusammengefasst ergeben sich folgende Ausgaben (Tabelle 7).

## 6. Sicherheitsforschung

Die EU-Kommission hat bezüglich der »Verteidigungsgüterforschung« im März 2003 einen wegweisenden Beschluss gefasst. Vor dem Hintergrund, dass die diesbezüglichen »Investitionen der europäischen Länder [...] um das Vier- bis Fünffache unter denen der USA«<sup>38</sup> liegen, gehe es künftig darum, die nationalen Forschungsprogramme insbesondere im »Bereich der fortgeschrittenen sicherheitsrelevanten Forschung« besser zu koordinieren. Sie zog die Schlussfolgerung, »insbesondere für die Erfüllung der Petersberg-Aufgaben«,<sup>39</sup> eine dreijährige Pilotphase einzuleiten, in der Erfahrungen dafür gesammelt werden sollen, wie die »nationalen Forschungsprogramme auf dem Gebiet der globalen Sicherheit« zu fördern seien. Im Oktober 2003 berief die Kommission eine »Gruppe von Persönlichkeiten im Bereich der Sicherheitsforschung« ein, die aus Regierungs- und Industrievertretern sowie Akademikern zusammengesetzt war. Ihr Mitte März 2004 vorgelegter Bericht<sup>40</sup> wurde von der EU-Kommission weitgehend übernommen. Im September 2004 formulierte die Kommission »die nächs-

ten Schritte« der Sicherheitsforschung.<sup>41</sup> Darin nimmt sie die Empfehlung »der Gruppe von Persönlichkeiten« an, ab 2007 ein Europäisches Programm für Sicherheitsforschung (EPSF) einzurichten, übernimmt jedoch nicht explizit die Empfehlung der Gruppe zugunsten einer opulenten Ausstattung des EPSF mit jährlich einer Mrd. Euro von 2007 bis 2013.

Im Februar 2004 startete die Kommission die dreijährige Pilotphase »Vorbereitende Maßnahmen zur Stärkung des Industriepotenzials in Europa auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung«.<sup>42</sup> In diesem Beschluss werden unter anderem die Höchstsätze des Finanzbeitrags der EU festgelegt. So sollen Projekte der industriellen Forschung einen Zuschuss von höchstens 75 Prozent und Projekte vorwettbewerblicher Forschung maximal 50 Prozent der Projektkosten aus dem EU-Haushalt erhalten. Dafür sahen die Gemeinschaftshaushalte 2004 und 2005 jeweils 15 Mio. Euro vor. Für 2006 sind 24 Mio. Euro<sup>43</sup> veranschlagt. Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für die Sicherheitsforschung<sup>44</sup> des Jahres 2005 fördert fünf Projekte mit 12,5 Mio. und »weitere Maßnahmen« mit insgesamt 2,5 Mio. Euro. Es identifiziert fünf Schwerpunkte:

- Optimierung der Sicherheit und Schutz vernetzter Systeme,
- Schutz vor Terrorismus (auch vor Bioterrorismus und Unfällen mit biologischen, chemischen und anderen Stoffen),
- Verbesserung des Krisenmanagements (einschließlich Evakuierungs-, Such- und Rettungsmaßnahmen, Eindämmung aktiver Stoffe und Sanierung),
- Interoperabilität und Integration der Informations- und Kommunikationssysteme,
- Verbesserung des Situationsbewusstseins (beispielsweise Krisenmanagement, Antiterrorismusaktivitäten oder Grenzüberwachung).

Diese Schwerpunkte liegen überwiegend im Gebiet der gezielten Terrorismusabwehr und sind eher den Innenministerien denn dem Militärbereich zuzuordnen, wobei die Übergänge im Bereich der Evakuierung und Rettung sowie der Grenzüberwachung fließend sind. Für diese Projekte werden öffentlich Vorschläge eingefordert, die dann eine Laufzeit von ein bis zwei Jahren haben, sodass auch im Jahr 2006 zumindest Teile dieser Projekte noch nicht abgeschlossen sein werden.

Anfang April 2005 legte die Kommission einen Vorschlag für das siebte EU-Rahmenprogramm für »Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration« für die Jahre 2007 bis 2013 vor.<sup>45</sup> Dieser Vorschlag soll Europaparlament und Europäischem Rat als Beschlussvorlage dienen und sieht in diesem

Zeitraum für den Forschungsbereich EU-Gesamtausgaben von 72,7 Mrd. Euro vor.

Ein Teilbereich dieser Ausgaben, der »Sicherheit und Weltraum« betitelt ist, widmet sich der Sicherheitsforschung. Dafür ist eine Gesamtsumme von 3,96 Mrd. Euro,<sup>46</sup> somit durchschnittlich 565,7 Mio. Euro im Jahr, vorgesehen. Einleitend wird in diesem Vorschlag ausdrücklich auf die im Dezember 2003 beschlossene EU-Sicherheitsstrategie Bezug genommen, »die so-



Kommissarin Viviane Reding, Foto: Europäische Kommission

wohl zivile Sicherheitsmaßnahmen als auch mit der Verteidigung zusammenhängende einbezieht.«<sup>47</sup> Die im Bereich »Sicherheit« dieses Beschlusssentwurfs vorgesehenen »Maßnahmen« setzen im Prinzip die in den Jahren 2004 bis 2006 unternommenen Projekte der »vorbereitenden Maßnahmen« fort. Im damit verknüpften Bereich des »Weltraums« geht es insbesondere um die Entwicklung der weltraumgestützten Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (Global Monitoring for Environment and Security/GMES). Beredt Auskunft über den Nutzen von GMES gibt das Weißbuch der EU-Kommission zur Durchführung der europäischen Raumfahrtspolitik:<sup>48</sup> »Im Hinblick auf die Globalüberwachung ist geplant, die sicherheits- und verteidigungspolitisch bedingten Anforderungen an die Beobachtung zu einem großen Teil von den durch die GMES-Plattform bereitgestellten Dienste zu erfüllen. [...] Die GMES-Plattform könnte allgemein einen Beitrag zu humanitären Maßnahmen und Rettungsaktionen, zur Friedenssicherung sowie zur Unterstützung von Kampfverbänden in Krisenmanagement- und Befriedungseinsätzen leisten.«<sup>49</sup> Die Planung für die Sicherheitsforschung sieht also Finanzmittel zur Weltraummilitarisierung vor. Die inhaltliche Ausgestaltung ist nebulös, über die Dotierung ist nicht entschieden. Allerdings sieht es neuerlich so aus, als wenn die Kommission einer bedeutend höheren Dotierung zuneigt, als sie selbst zunächst vorgeschlagen hatte. So erklärte die Kommissarin Viviane Reding im Namen der EU-Kommission am 22. Juni 2005 in der Debatte zur Sicherheitsforschung im Plenum des Europaparlaments, dass die

Kommission abweichend vom im Schwerpunktprogramm »Sicherheit und Weltraum« vorgeschlagenen Betrag »von jährlich etwa 500 Millionen Euro« die Tatsache »begrüßt«, »dass der Bericht des Parlaments sich für ein Budget von einer Milliarde Euro pro Jahr ausspricht.«<sup>50</sup> Das Parlament nahm den Bericht mit großer Mehrheit an und genießt damit nunmehr die Unterstützung der Kommission.

Werden die Planungen in die Tat umgesetzt, werden die Kosten für die Sicherheitsforschung jene für die militärischen Gremien – beide direkt aus dem EU-Haushalt finanziert – noch um ein Vielfaches übertreffen.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Bundesminister der Verteidigung: Weißbuch 1994, S. 60. Redaktionsschluss des vorliegenden Artikels war Anfang September 2005.

<sup>2</sup> Struck, Peter, 2. Handelsblatt-Konferenz Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie, 12. April 2005, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik 5/6 2005, 59 Seiten, S. 38-42, S. 41, <http://www.bundesregierung.de/Anlage834603/attach.ment>

<sup>3</sup> ebenda

<sup>4</sup> Europäische Sicherheitsstrategie <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/strategie.html>

<sup>5</sup> Die Angabe für Griechenland 2004 liegt bei SIPRI nicht vor (abgelesen 14.8.2005). Deshalb wurde die Angabe von 2003 fortgeschrieben.

<sup>6</sup> The SIPRI Military Expenditure Database, [http://first.sipri.org/non\\_first/result\\_milex.php?send](http://first.sipri.org/non_first/result_milex.php?send)

<sup>7</sup> Gesamthaushaltsplan 2005, Amtsblatt L 60, 8.3.2005, Titel 3, Ausgaben des Europäischen Rates, Angaben für: Mittel 2005 u. 2004, Ausgaben 2003, im Weiteren: Haushalt 2005; Haushalt 2004 (EU-25), Amtsblatt C 105, 30.4.2004, Titel 3, Ausgaben des Europäischen Rates, Angaben für: Ausgaben 2002, im Weiteren: Haushalt 2004, URL: <http://europa.eu.int>

<sup>8</sup> Gesamthaushaltsplan 2005, Amtsblatt L 60 vom 8.3.2005, I/9, 12 Seiten, Tabelle 7, Spalte (10), S. 12, [http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2005/l\\_060/l\\_06020050308de00090020.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2005/l_060/l_06020050308de00090020.pdf)

<sup>9</sup> Beschluss 2004/197/GASP des Rates, 23.2.2004, Amtsblatt L 63/68, 28.2.2004, hier S. 1, Punkt (3); URL: <http://europa.eu.int>; im Weiteren: ATHENA-Beschluss.

<sup>10</sup> Die prozentualen nationalen BNE-Anteile am Gesamt-BNE sind identisch mit jenen in der Spalte »BNE-Eigenmittel, Reserven« im »Zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Gesamthaushaltsplanes – mit Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten« im Anhang des jeweils letzten festgestellten

EU-Haushaltsplans. Vgl. Artikel 23 (5), ATHENA-Beschluss.

<sup>11</sup> ATHENA-Beschluss, hier S. 1, Punkt (6).

<sup>12</sup> Ebd., S. 1, Artikel 1b.

<sup>13</sup> Haushalt 2004, hier: S. 11, Tabelle 7, Spalte (7), BNE-Eigenmittel, Reserven.

<sup>14</sup> Haushalt 2005, Gesamteinnahmen I/9, hier: S. 11, Tabelle 7, Spalte (7) BNE-Eigenmittel, Reserven.

<sup>15</sup> Vorentwurf des Gesamthaushaltsplans 2006, 15.6.2005, Band 1, BNE-Werte in Tabelle 3 (S. 13), »BNE-Eigenmittel, Reserven« in Tabelle 4 (S. 17), URL: <http://europa.eu.int>; im Weiteren: Haushaltsentwurf 2006

<sup>16</sup> ATHENA-Beschluss, Anhänge 1 bis 4.

<sup>17</sup> Gemeinsame Aktion 2004/570/GASP des Rates, 12.7.2004, EU-Amtsblatt L 252, Punkt (9), hier S. 1, URL: <http://europa.eu.int>.

<sup>18</sup> Ebd., Artikel 12 (4), S. 4.

<sup>19</sup> Ebd., Punkt (17) S. 2.

<sup>20</sup> EUFOR Troop Strength, 23.6.2005, URL: <http://www.euforbih.org>.

<sup>21</sup> Drucksache 15/4245, 22.11.2004, URL: <http://dip.bundestag.de>.

<sup>22</sup> Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2006, Einzelplan 14, Titelgruppe 8, Nr. 687 81-032, hier S. 18, Ist-Wert 2004: 17,378 Mio. Euro, Soll-Wert 2006: 8,5 Mio. Euro, URL: <http://www.geopowers.com> (abgelesen 14.8.2005).

<sup>23</sup> Europäisches Parlament, 17.11.2004, Althea-Mission in Bosnien-Herzegowina, (P6\_TA(2004)0059, 6 Seiten, Punkt 3 (S. 3) <http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//NONSGML+TA+P6-2004-0059+0+DOC+PDF+V0//DE&L=DE&LEVEL=3&NAV=S&LSTDOC=Y>

<sup>24</sup> Council Joint Action 2005/557/CFSP of 18 July 2005, article 11 (3.), hier S. 5, URL: <http://europa.eu.int>.

<sup>25</sup> Ebd., article 11 (2.).

<sup>26</sup> Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: Die Peace Facility für Africa – Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?, in: IPG 4/2005, S. 99-119, S. 102.

<sup>27</sup> EU Council Secretariat, Factsheet: Darfur – Consolidated package in support of AMIS II, June 2005.

<sup>28</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Außenhilfelinstrumente im Rahmen der zukünftigen Finanziellen Vorausschau 2007-2013, Brüssel, 29.9.2004, KOM (2004) 626 endg., URL: [http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0626de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0626de01.pdf).

<sup>29</sup> Council of The European Union, 12.12.2001, 14048/1, COSDP 300, Article 9 (c), hier: S. 4, URL: <http://ue.eu.int>.

<sup>30</sup> Amtsblatt L 200, 25.7.2001, S. 5 bis 11, URL: <http://europa.eu.int>.

<sup>31</sup> Ebd., Artikel 23 (6).

<sup>32</sup> <http://www.iss-eu.org>.

<sup>33</sup> Council Joint Action 2004/551/CSF of 12 July 2004, Amtsblatt L 245/17, 17.7.2004, URL: <http://europa.eu.int>; im Weiteren: EVA-Beschluss.

<sup>34</sup> Schaaf, Peter: Industriepolitik in der Rüstungswirtschaft, Strategie und Technik, Juli 2005, hier: S. 17.

<sup>35</sup> Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 40/2004, 19.11.2004, URL: <http://www.bundestag.de>.

<sup>36</sup> EVA-Beschluss, Article 16 (1), S. 8, Vgl. Tab. 3.

<sup>37</sup> Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2006, Einzelplan 14, 68 Seiten, Nr. 687 11-032, hier S. 60

<sup>38</sup> KOM (2003) 113 endgültig, 11.3.2003, hier: S. 13, URL: <http://register.consilium.eu.int>.

<sup>39</sup> Ebd., S. 22.

<sup>40</sup> »Forschen für die Sicherheit Europas«, Bericht der Gruppe von Persönlichkeiten im Bereich der Sicherheitsforschung, Luxemburg 2004, URL: <http://europa.eu.int/comm/research/security>.

<sup>41</sup> KOM (2004) 590 endgültig, 7.9.2004, URL: <http://register.consilium.eu.int>.

<sup>42</sup> KOM (2004) 72 endgültig, 3.2.2004, URL: <http://register.consilium.eu.int>.

<sup>43</sup> Haushaltsentwurf 2006, Kapitel 02 04 02 (vorher Kapitel 08 14 01), URL: <http://europa.eu.int>.

<sup>44</sup> C (2005) 259, 4.2.2005.

<sup>45</sup> KOM (2005) 119 endgültig, 6.4.2005, URL: <ftp://ftp.cordis.lu>.

<sup>46</sup> Ebd., S. 56.

<sup>47</sup> Ebd., S. 38.

<sup>48</sup> KOM (2003) 673 endgültig, 11.11.2003, URL: <http://europa.eu.int>.

<sup>49</sup> Ebd., S. 22.

<sup>50</sup> Plenardebatte, 22.6.2005, URL: <http://www2.europarl.eu.int>.

Der Beitrag erschien gekürzt in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), *Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege*, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 264-277).

Lühr Henken ist Vorstandsmitglied des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., Mitglied im SprecherInnenrat des Bundesausschusses Friedensratschlag und Beirat der Informationsstelle Militarisierung.

# Wir fordern: Soziale Sicherheit statt militärische Großmachtspolitik!



Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter [www.imi-online.de/EU-Projekt/](http://www.imi-online.de/EU-Projekt/)